

Abschlussklärung des Antikapitalistischer Ratschlages, 25. Januar 2009 in Frankfurt/Main:

Die K-Frage stellen!

Mehr als 300 AktivistInnen aus unterschiedlichen linken Organisationen, Strömungen und Bewegungen versammelten sich am 25. Januar 2009 in Frankfurt zu einem Antikapitalistischen Ratschlag. Diskutiert wurde die sich verschärfende globale Krise des Kapitalismus in ihrem Zusammenhang mit den ökologischen Zerstörungen und den weltweiten Kriegen. Diskutiert wurde auch der Zusammenhang der Krise mit ihr vorausgehenden und aktuell aufbrechenden sozialen Kämpfen. Im Mittelpunkt standen dabei die Möglichkeiten des Eingreifens der Linken in diese Kämpfe.

Die Debatten zeichneten sich aus durch ihre solidarische Atmosphäre und die Bereitschaft verschiedener Strömungen der radikalen Linken zur praktischen und theoretischen Verständigung. Dabei ging es um noch immer offene, auch strittige Fragen wie z.B. das Verhältnis zu Parteien und Gewerkschaften, aber auch Fragen der Bedeutung betrieblicher oder gewerkschaftlicher Kämpfe im Verhältnis zu solchen um ein radikal anderes gesellschaftliches Naturverhältnis sowie um andere Lebensweisen. Anders als zu früheren Zeiten wurden diese Differenzen von allen Beteiligten aber in der Bereitschaft angegangen, sie gemeinsam auszutragen und nach Möglichkeit produktiv zu wenden.

Übereinkunft bestand in der Betonung des „subjektiven Faktors“ - in den sozialen Kämpfen, aber ebenso im eigenen Denken und Handeln. Übereinkunft bestand aber auch in der Anerkennung der Situation, dass die radikale Linke noch immer gesellschaftlich isoliert ist und die Kämpfe in vielen Bereichen noch schwach entwickelt sind.

In dieser Situation ist die Fortsetzung des produktiven Austauschs und die Erprobung gemeinsamen Handelns ein entscheidender Ausgangspunkt. Dies gilt schon für die nächsten Schritte und Projekte: die vielen Versuche des Eingriffs in lokale Auseinandersetzungen ebenso wie für die Zusammenarbeit in Vorbereitung und Durchführung der nächsten breiten Mobilisierungen:

Die Demonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ am 28.3. in Frankfurt und Berlin – sowie die Proteste und Blockaden gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden vom 3. und 4. April.

Der Antikapitalistische Ratschlag konnte und wollte nicht mehr sein als ein Anfang. Deswegen wurde die Vereinbarung getroffen, in einigen Monaten erneut zusammen zu kommen, die Debatten fortzusetzen und zu vertiefen.